

Nicht ins Stottern geraten



Präs.-Stv. Mag. Bettina Knötzl

Der Wirtschaftsmotor Deutschland stottert und das ist Grund zur Sorge. Unser Nachbar ist unser wichtigster Handelspartner und schon jetzt kämpfen Unternehmen neben Lieferkettenunterbrechungen mit drei wachsenden Kostenblöcken: i) laufend steigende Finanzierungskosten, ii) mehrfach erhöhte Lohnkosten und iii) exorbitante Energiekosten. Die Gefahr des Abwanderns der Industriebetriebe in Länder mit niedrigeren Lohn- und Energiekosten, außerhalb der EU, steigt.

Die hohe Inflation belastet alle. Es gilt die angeheizte Negativspirale mit gezielten Maßnahmen einzubremsen. Die Gretchenfrage ist, womit?

Die Herbstlohnrunden bringen Chancen, der Ruf nach Eingriffen des Gesetzgebers Gefahren. Das zeigt das aktuelle Beispiel der Forderung nach einem „Mietzinsdeckel“. Die inflationsbedingte Steigerung der Mieten soll per Gesetz – im Verfassungsrang – bei 5 % gedeckelt werden.

Was den einen (den Mieter) freut, ist des anderen (des Vermieters) Leid. Gerade die Bauwirtschaft zählt zu den Verlierern im gegenwärtigen Wirtschaftsumfeld. Und keinem Vermieter ist ein Vorwurf zu machen, wenn er – vermeintlich einnahmenseitig abgesichert – auf eine variabel verzinsten Finanzierung setzte. Der Mietzinsdeckel erhöht den Druck weiter und verschärft die Krise.

Ob diese punktuelle Maßnahme sinnvoll und fair ist, sei dahingestellt. Es ist jedenfalls gefährlich, wenn durch anlassbezogene gesetzgeberische Intervention nachträglich in bestehende Rechtsbeziehungen zum Nachteil Einzelner eingegriffen und die Befugnis des Verfassungsgerichtshofs zur Normenkontrolle ausgehebelt wird. Der Rechtsschutz des Einzelnen und der Rechtsstaat leiden. Auch der Wirtschaftsstandort Österreich verliert an Attraktivität. Ihre Wiener Rechtsanwaltschaft kämpft unermüdlich, dass der Rechtsstaat nicht ins Stottern kommt, weil er Motor einer rund laufenden Wirtschaft ist und sozialen Frieden wahrt.